



## Fusionäre und Abzocker

Artur P. Schmidt 03.12.1998

### Die wahren Verhinderer von Basisinnovationen

**Fusionismus steht bei Großunternehmen auf der Tagesordnung, ob DaimlerChrysler, Deutsche Bank/Bankers Trust, Total/Petrofina, Krupp/Thyssen, Viag/Alu-Suisse-Lonza, Citicorp/Travelers, Schweizerischer Bankverein/UBS, Exxon/Mobil, Höchst/Rhone-Poulenc, Boeing/McDonnell Douglas oder Ciba Geigy/Sandoz. Wenn den Managern keine Ideen für internes Wachstum der Unternehmen einfallen, müssen gemäß dem darwinistischen Prinzip die Schwächeren dran glauben.**



Die Deutsche Bank wird durch den Merger mit Bankers Trust zur mit einer Bilanzsumme von 1,3 Billionen DM zur größten Bank der Welt. Exxon wird durch den Merger mit Mobil - dem größten der Industriegeschichte - zum größten Unternehmen der Welt mit einem Börsenwert von über 237 Milliarden Dollar und einem Jahresumsatz von mehr als 200 Milliarden Dollar. Das Interessante am Zusammenschluß der beiden Ölfirmen ist, daß beide Unternehmen vor 87 Jahren schon einmal vereint waren, als sie noch zum Rockefeller-Imperium Standard Oil gehörten, welches später wegen seiner Monopolstellung von der Kartellaufsicht zerschlagen wurde.

Den Superlativen scheinen keine Grenzen gesetzt. Wer in die Schlagzeilen möchte, muß einfach größere Übernahmen als die Wettbewerber einfädeln. Selbstverständlich wird bei den Fusionsgesprächen auf aller höchster Ebene nicht vergessen, denjenigen die diese Deals eingefädelt haben, ausufernde Saläre und Optionen einzuräumen. Leider wird an den Börsen allzu oft ignoriert, daß Fusionen eigentlich Ausdruck des Unvermögens von Unternehmen sind, Basisinnovationen hervorzubringen. Wer Globalisierung nur im Kontext des noch größer Werdens im

Globalisierung nur im Kontext des hoch global werdens im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen versteht, vergißt, daß Gesellschaften und Ökonomien vor allem qualitative Wachstumsschübe benötigen. Doch Innovationsschübe sind durch Gigantenhochzeiten kaum zu erwarten, vielmehr erwachsen durch unterschiedliche Firmenkulturen und Geschäftsfelder weitere Reibungsverluste, die Innovationen eher verhindern, als diese fördern können. Firmenhochzeiten bieten darüber hinaus Managern immer auch eine Gelegenheit zu Manipulierungen und Bereinigungen von Bilanzen.

### **Karrieregeilheit und Betriebsblindheit**

Am 8. Dezember 1997 war ein Tag der Superlative - die Geburtsstunde der damals zweitgrößten Bank der Welt - als Zusammenschluß des Schweizerischen Bankvereins mit der UBS. Doch vorausgegangen war die Kapitulation der Schweizerischen Bankgesellschaft, der ehemals stolzesten und größten Bank der Schweiz. Ein Großteil der 28 000 Mitarbeiter fühlt sich von ihrer Konzernleitung verraten und verkauft. Im Sommer 1997 war es im Aktienderivategeschäft der Bank zu großen Verlusten gekommen. Der karrieregeile Cabiallavetta, der den unfähigen Robert Studer als Vorstand ablöste, war selbst für interne Kontrollmängel verantwortlich, die zum Mißmanagement führten.

«Keep the best and change the rest» lautete Cabiallavettas Motto, als er 1996 selbstbewusst den Chefposten übernahm. Cabiallavetta der gute Ergebnisse brauchte, um Karriere zu machen, war gleichzeitig für die Kontrolle verantwortlich. Das simple Grundprinzip, daß sich niemand wirksam selbst kontrollieren kann, wurde somit nicht berücksichtigt. Ein effizientes Risk-Management bestehend aus Risiko-Messung (Risk Measurement) und Risiko-Kontrolle (Risk Control), gab es bei der UBS nicht. Zu allem Übel wurden Personen in die Leitung des Derivathandels berufen, die nur über unzureichende Marktkenntnisse verfügten. Als die Ausmaße der Fehlspekulationen bekannt wurden, versuchte die UBS die Verluste in Höhe von 617 Millionen Schweizer Franken zu verschleiern, indem sie einen Teil der Verluste, den die Abteilung für Aktienderivate GED (Global Equity derivatives) verursacht hatte, mit den Gewinnen aus dem Eigenhandel in anderen Bereichen verrechnete.

Mit der Fusion der Hypo-Bank und der Vereinsbank entstand 1998 das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut. Doch bereits nach wenigen Monaten fliegen bei dieser Bilderbuchehe die Fetzen. Was beim Zusammenschluß verborgen geblieben war, sind Risiken in alten Immobiliengeschäften in einer Höhe von sage und schreibe 3,5 Milliarden DM. Die beiden Väter des Mergers, Albrecht **Schmidt**, seit dem 1. September an der Spitze der neuen HypoVereinsbank, und Eberhard Martini, ehemaliger Chef der Hypo-Bank und Mitglied im Aufsichtsrat des neuen bayerischen

Bankenriesen, liefern sich nunmehr einen Schlagabtausch über die Medien. **Schmidt**, ehemaliger Vereinsbank-Chef, wirft dem alten Management der Hypo-Bank schwere Bewertungs- und Managementfehler bei Projekten in den neuen Bundesländern vor. Doch Martini, der Mann, der die versteckten Risiken nicht offenbarte, ist nicht zum Rücktritt als Aufsichtsrat bereit. Die versteckten Verluste sind auch nicht die erste Merkwürdigkeit bei dieser Fusion. Als bekannt wurde, daß ein steuerbefreiender Bescheid für die Fusion durch das Finanzamt München ausgestellt wurde, begann der Oberste Rechnungshof mit Ermittlungen, da Steuerneutralität bei Fusionen nicht vorgesehen ist.

### **Selbstbedienungsmentalität und Wirklichkeitsverlust**

Politiker und Manager gehören mittlerweile in Deutschland zu einer verhaßten Spezies. Wie konnte es dazu kommen, daß Volksvertretern und Führungskräften der Wirtschaft keine Vertrauen mehr entgegengebracht wird? Fehlentscheidungen, Verschwendungssucht, Selbstbedienungsmentalität und Unfähigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträger greifen in atemberaubendem Tempo um sich. Es ist kaum anzunehmen, daß sich dies mit der jetzigen Regierung ändern wird, zu selbstähnlich sind sich die großen Volksparteien mittlerweile geworden. Bis jetzt sind zumindest keine Anzeichen dafür zu erkennen, daß in die Innovationskraft von Regionen und neue Basistechnologien investiert wird. Das Klima der Innovationen ist auf Kleinkrämerei, Klüngerlei und Vetternwirtschaft auf aller höchster Ebene zurückzuführen. Immer mehr Manager und Politiker werden wegen Verfehlungen aus ihrem Ämtern entfernt, wobei dies jedoch nur die Spitze des Eisberges darstellt. Die Steuerfahndung mußte mittlerweile nahezu alle Konzernzentralen großer deutscher Banken untersuchen und immer mehr Ministerpräsidenten und Staatssekretäre dürfen wegen Mißmanagement nunmehr ihre völlig überhöhten Pensionen genießen.

Der deutsche Manager arbeitet nach dem dualen Prinzip: maximales Gehalt bei minimalem Risiko. Als der einstige Bertelsmann-Vorstand Manfred Fischer zu Dornier wechselte, kassierte er von Bertelsmann 6 Millionen DM, um anschließend, nachdem er bei der Luftfahrtfirma nichts bewegen konnte, nochmals sieben Millionen DM Abfindung von Daimler Benz zu kassieren. Daß ihm darüber hinaus Bertelsmann noch eine jährliche Rente von 500.000 DM pro Jahr zugesagt hat, d.h. das Vorstandsgehalt eines mittelständischen Unternehmens, setzt dem ganzen noch die Krone auf. Als der ehemalige DASA-Vorstand und heutige Vorstand von DaimlerChrysler, Jürgen E. Schrempp, Werksstillegungen und Massenentlassungen vornahm, erhöhte er sich gleichzeitig sein persönliches Einkommen als Vorstand um über 10 %. Doch dies ist nichts gegenüber den Summen, die er mit dem von Amerika übernommenen Shareholder Value-Ansatz verdienen wird. Wenn er sich nur

genug Optionen sichert und diese zum richtigen Zeitpunkt mit seinem Insiderwissen ausübt, kann er sich spielend ein Jahresgehalt von 20 Millionen DM und darüber sichern. Die Frage, die man sich stellen muß ist, wie diese horrenden Gehälter mit den Zuständen der Dauerarbeitslosigkeit, sinkender Einkommen, schmerzlichen Steuererhöhungen und einer wachsenden Staatsverschuldung vereinbar sind.

Die Bereicherungssucht deutscher Topmanager hat dazu geführt, daß zahlreiche Unternehmen in den Ruin getrieben oder in erhebliche Krisen geführt haben, wie die Beispiele der Metallgesellschaft, die Schneider-Affäre, Coop, Balsam oder Südmilch belegen. Der ehemalige Vorstandschef der Metallgesellschaft, Heinz Schimmelbusch, hatte bei verantwortungslosen Öltermingeschäften mit Verlusten von circa 1,8 Mrd. DM die Existenz des gesamten Unternehmens aufs Spiel gesetzt.

Der ehemalige SEL-Vorstandsvorsitzende, jahrelanger Kumpel von Lothar Späth, der das Unternehmen SEL als Selbstbedienungsladen für persönliche Bereicherung ansah, glaubt noch heute, daß er zu unrecht verurteilt wurde und sieht sich als Opfer einer üblen Verleumdungskampagne. Lohr ließ auf Firmenkosten seine Ferienvilla in Mallorca verschönern und rechnete Privatflüge auf die Ferieninsel mit Spezi Lothar Späth ebenfalls über die Firma ab. Und dies obwohl er ein Jahresgehalt von rund 14 Millionen DM bezog. Aufgrund dieser Flüge und der von Lohr finanzierten Kreuzfahrten mit Lothar Späth in der Ägais, mußte letzterer zwar als Ministerpräsident von Baden-Württemberg seinen Hut nehmen, doch wer jetzt glaubte, daß damit auch dessen Karriere beendet gewesen wäre, irrt. Als Chef der Jenoptik wechselte Späth nun in das Management-Genre. Dort machte er 3,6 Milliarden DM an Zuschüssen und Subventionen für die Rettung von 7.200 Arbeitsplätzen locker und ließ sich anschließend als Sanierer und Topmanager feiern. Dabei ist der Turnaround bei einer Subventionierung von 500.000 DM pro Arbeitsplatz wahrlich keine besondere Leistung.

Wie weit der Wirklichkeitsverlust von Managern gediehen ist, zeigt sich daran, daß diese Steuerhinterziehungen, Privatentnahmen auf Firmenkosten oder Pokerspiele auf höchster Ebene als Kavaliersdelikte ansehen. Wie soll eine innovative Erneuerung in Gang kommen, wenn mit Korruption und Vetternwirtschaft mehr Geld verdient werden kann, als mit Innovationen in die Zukunft? Das hat bereits dazu geführt, daß das Image der deutschen Industrie im Ausland nachhaltig beschädigt wurde. Auch der ehemalige Bundbankpräsidenten Karl Otto Pöhl prangerte die Wildwestsitten an, die mittlerweile in der deutschen Wirtschaft Einzug gehalten haben. Gemäß dem Peter-Prinzip, daß man ab einer gewissen Managementebene nicht mehr fallen kann, sondern innerhalb eines umfangreichen Vitamin-B-Netzes hin- und hermanövriert wird, kassieren selbst

wegen Unfähigkeit entlassene Topmanager millionenschwere Abfindungen und schwindelerregende Pensionen. Gemäß der Devise, daß man schwache Leute um sich scharen muß, wenn man möglichst weit nach oben kommen will, scheint es im deutschen Top-Management sowie bei Parteifunktionären bis auf wenige Ausnahmen nur noch Innovationsverhinderer zu geben.

### **Ausbeutung Ost**

Daß man in Deutschland die Grundregeln Ludwig Erhards nicht mehr beherzigt, wird sich noch bitter rächen. Mittlerweile resignieren viele Menschen in Ostdeutschland und sehnen wieder alte sozialistische Planwirtschaftszeiten zurück. Wie sollte es auch anderes sein?

Die Todsünden der Wiedervereinigung rächen sich heute bitter. Die Rechtfertigung märchenhafter Umstellungskurse und die Übernahme aller Verbindlichkeiten wird sich mit genügend Abstand als eine der größten Fehlleistungen Nachkriegsdeutschlands erweisen. Der Freudentaumel über die Wiedervereinigung ging nahtlos über in die Entmündigung eines ganzen Landes und wurde zum größten 'Unfriendly-Takeover' der Wirtschaftsgeschichte. Wieviel die Banken bei den Bankkontenumstellungen von der DDR-Mark auf die Deutsche Mark abgezockt haben, wird in voller Gänze nie ans Tageslicht kommen. Die zu günstigen Konditionen von Westbanken vor der Währungsumstellung übernommenen ostdeutsche Geldinstitute hatten Kreditforderungen an die Ostbürger. Heute müssen diese für diese Kredite marktübliche Zinsen an Westinstitute bezahlen. Durch die völlig aus der Luft gegriffenen Umrechnungskurse wurden viele Menschen somit stärker verschuldet, als es der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der ehemaligen DDR entsprach.

Der vielbeschworene wirtschaftliche Aufschwung in den neuen Bundesländern wird solange nicht einsetzen, bis in den dortigen Regionen Wachstumsregionen aufgrund neuer Basisinnovationen und Innovationsschübe entstehen. Die durch ABM-Maßnahmen und Subventionssumpf verhüllte Arbeitslosigkeit von bis zu 30 Prozent und mehr macht deutlich, daß dringend etwas geschehen muß. Bei einer vom Bundesrechnungshof in Auftrag gegebenen Analyse der Niederlassungen der Treuhand offenbarte sich ein unglaublicher Sumpf an Machtspielen und Subventionsbetrügereien, der seinesgleichen sucht.

In Rostock wurde der Niederlassungsleiter von seinen eigenen Direktoren in Berlin angeschwärzt, damit diese von den eigenen Fehlleistungen ablenken konnten. Privatisierungsdirektoren, Beteiligungsdirektoren und Finanzierungsdirektoren beschuldigten sich gegenseitig der Korruption und der Veruntreuung. Die überstürzte Privatisierung der ehemaligen DDR-Staatsbetriebe kann heute geradezu als ein Lehrstück betrachtet werden wie Management nicht betrieben werden

berichtet werden, wie Management nicht beruhen werden sollte. Besonders korrupte Zustände herrschten in Halle, wo z.B. beim Eisenbahnwaggonhersteller DWA, ein Westmanager sein Amt nicht antreten konnte, nachdem er von ehemaligen Seilschaften bedroht wurde. In der Treuhand in Halle gab es geradezu ein Mafia-Netzwerk zwischen ehemaligen Treuhandmitarbeitern, Consultants, Rechtsanwälten und Investoren, die sich mit zum Teil nicht unerheblicher krimineller Energie bereicherten. Die damalige Behördenchefin Birgit Breuel und ihre adelige Führungscrew haben oftmals gar nicht oder viel zu spät eingegriffen, um diesen Machenschaften ein Ende zu bereiten.

### **Abkassieren und Abtauchen**

Wirtschaftskriminalisten konstatieren, daß die italienische Mafia zu den größten Einzelinvestoren im Osten Deutschlands zählte. Daß es hier nicht um Sanierung, sondern um Geldwäsche ging, sollte deshalb niemanden überraschen. Das Grundmuster des Betruges in Ostdeutschland war immer dasselbe. Erst verspricht man Investitionen in Millionenhöhe und danach kassiert man, ohne eine müde Mark investiert zu haben, Zuschüsse und Fördermittel ebenfalls in Millionenhöhe. Anschließend manipuliert man die Bilanzen der zugrunde liegenden Firmen, d.h. man überweist die Fördermittel und existierende Barmittel auf ausländische Konten, wo diese auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Besonders erfolgreich ist es auch, das Geld an andere Firmen im Ausland zu überweisen, die dann plötzlich pleite gehen, nachdem das Geld zuvor von dort ebenfalls auf andere Konten überwiesen wurde.

Das "Manager Magazin" warf der Bremer Vulkan Verbund AG vor, aus seinen von der Treuhand erworbenen Firmen in Mecklenburg-Vorpommern "Mittel in Millionenhöhe herauszuziehen". Von den nahezu 2 Milliarden DM Investitions- und Betriebsmittelbeihilfen für die Vulkan-Töchter sollen schätzungsweise 400 Millionen Mark an die Muttergesellschaft nach Bremen geflossen sein. Darüber hinaus investierten zahlreiche Westfirmen im Osten nur mit dem Ziel, potentielle Konkurrenten platt zu machen. So wurden oftmals unter Ausnützung von Fördermitteln Firmen übernommen, die anschließend sofort ausgeschlachtet, zerstückelt und dann veräußert oder in den Konkurs geführt wurden. Bei den Verträgen mit der Treuhand waren Vertragsstrafen wegen nicht eingehaltener Arbeitsplatz- und Investitionszusagen oftmals gar nicht vorgesehen. Eines der prominentesten Opfer dieser Strategie war die ehemalige DDR-Fluggesellschaft Interflug.

Der durchschnittliche Jahresverdienst der aus dem Westen importierten Treuhand-Direktoren betrug ab 1993 circa 400.000 DM und die Abteilungsleiter wurden mit nahezu 250.000 DM honoriert. Das eingeführte Bonussystem für schnelle Privatisierung hat die Qualität der Arbeit bei der Treuhand

drastisch reduziert. Wer die ehemalige DDR-Wirtschaft nur als Monopoly-System abtut, macht es sich zu einfach. Wenn innerhalb von nur 5 Jahren eine komplette Volkswirtschaft in einen riesigen Schuldenberg verwandelt wird, dann ist etwas völlig schiefgelaufen oder müssen sich, anders ausgedrückt, für einige paradiesische Zustände eingestellt haben, denn irgendwo müssen die Vermögenswerte ja geblieben sein.

Von der Vorgehensweise des ermordeten ersten Treuhand-Chefs Detlev Rohwedder: "Rasch privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen" wurde bei Birgit Breuel nur das Privatisierungsziel ins Auge gefaßt. So haben über ein Fünftel der Investoren die mit der Treuhand geschlossenen Verträge nicht eingehalten, wie z.B. die Krupp Stahl AG. Der westdeutsche Konzern hatte für das Kaltwalzwerk Krupp Stahl Oranienburg GmbH den Erhalt von 600 Arbeitsplätzen und Investitionen von 40 Millionen Mark zugesagt und dafür Fördermittel von etwa 7 Millionen Mark vom Land Brandenburg erhalten. Doch kurz nach der Transaktion beschloß der Stahlkonzern, das Kaltwalzwerk zu schließen.

Die Treuhand ist durch ihre hektische Vorgehensweise reihenweise auf Wirtschaftskriminelle hereingefallen. Das Spektrum des Mißmanagements reicht von mehrfach bezahlten Zulieferrechnungen mit Hilfe bestochener Betriebsleiter über völlig vermögenslose Investoren, die mit den Cash-Beständen der erworbenen Betriebe flüchteten, bis hin zu Transaktionen der internationalen Mafia. Doch all dies ist nicht verwunderlich, da die Treuhandspitze von Seiten der damaligen Bundesregierung beim Umgang mit dem DDR-Volkvermögen zur gröblichen Außerachtlassung der im Geschäftsverkehr üblichen Sorgfaltspflicht ermächtigt wurde. Für Birgit Breuel war diese Freistellung von der Haftung für eigene grobe Fahrlässigkeit "die zwingende Voraussetzung für die große Verantwortung, die wir übernehmen". Dies erklärt warum - gemäß der offiziellen Statistik zufolge - lediglich 1.800 Fälle von Wirtschaftskriminalität im Bereich der Treuhand aufgedeckt wurden, da alle anderen Fälle durch die Exekutive legalisiert waren.

### **Es breuel sich was zusammen**

Detlev Rohwedder schätzte das Vermögen der Treuhand-Behörde bei seinem Amtsantritt auf rund 600 Milliarden DM. Dagegen avisierte Birgit Breuel einen Schuldenberg der Treuhandanstalt für das Ende ihrer operativen Tätigkeit von mindestens 300 Milliarden DM. Wo die Differenz von nahezu einer Billion DM geblieben ist, weiß der liebe Gott bzw. Buddha, falls es sich um Investoren aus dem Fernen Osten handelt. Stolz erfüllt kann Birgit Breuel von sich behaupten, daß es niemandem vor ihr gelungen ist, eine Volkswirtschaft mit einem derartigen Finanzaufwand zu ruinieren.

Die mangelnde Kontrolle der Treuhand hat zu einer Mittelverschwendung bisher ungeahnten Ausmaßes geführt. Während der deutschen Vereinigung haben sich ganze Heerscharen von Consultants, Immobilienspekulanten und Managern Aufträge, Tantiemen und Beförderungen zugeschanzt. Durch das Versagen der Treuhand wurden nicht nur ganze Firmen und Branchen in den Ruin getrieben, in einmaliger Manier wurde eine Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland in Kauf genommen, die in einigen Regionen selbst das Niveau der Weltwirtschaftskrise aus den 20er Jahren überschritt. Der Erfolg der PDS ist deshalb nicht überraschend, da niemand, dessen Existenz täglich bedroht ist, ein Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft entwickeln konnte.

Daß jemand, der dieses Mißmanagement mit zu verantworten hat, in Deutschland wieder auf eine exponierte Stelle gesetzt werden kann, ist ein weiterer Skandal. Daß diejenigen, die immer wieder Konkurse, Pleiten und Pannen aufzuweisen haben, immer wieder zu Amt und Würden kommen, ist nicht tolerierbar. Die Ergebnisse einer neuerlichen Fehlbesetzung dürfen wir zur Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover bewundern. Wenn Bundeskanzler Schröder mit einem Milliardenkredit aus der Misere helfen muß, dann ist es erneut der Steuerzahler, der für das Mißmanagement gerade zu stehen hat. Das absehbare finanzielle Fiasko bei der bundesdeutschen EXPO 2000 ist zu einem nicht unerheblichen Anteil auf das Versagen von Birgit Breuel zurückzuführen - seit 1995 Expo-Generalkommissarin -, die bereits als Ministerin in Niedersachsen und bei der Treuhand versagte. Unter ihrer Ägide hatte ein Geschäftsführer der EXPO die aberwitzige Idee geboren, die Weltausstellung in Museen zu präsentieren. Erst aufgrund von massiven Protesten von außerhalb der EXPO wurde dieser Anachronismus aufgegeben. Anstatt verstärkt die virtuellen Medien für das Themenpark-Konzept zu nutzen, ist die EXPO mittlerweile zu einem Sanierungsinstrument für das Hannoveraner Messegelände degeneriert. Kein Wunder daß die Investments der bundesdeutschen Industrie, die diesen Trick durchschaut hat, ausbleiben.

### **Lex APS**

Aufsichtsräte, die ihre Verantwortung nicht ernst genug nehmen oder wegen der Vielzahl ihrer Mandate überfordert sind, gibt es in Deutschland wie Sand am Meer. Wenn die Kontrollmechanismen der Unternehmen jedoch nicht mehr funktionieren, ist es kein Wunder, daß die Mißwirtschaft um sich greift: Wo kein Kläger ist, ist auch kein Richter. Viel zu viele Aufsichtsräte sind mit ihren vielen Kontrollfunktionen völlig überlastet und schauen den riskanten Spielen und Transaktionen der Vorstände tatenlos zu. Getreu dem Motto "Dabei sein ist alles" wird einfach weggeschaut, wenn es darum geht, Fehlentscheidungen zu revidieren. Lieber den

-----  
Aufsichtsratsposten behalten und nichts sagen, als Kritik zu üben und womöglich die zusätzlichen Einnahmen zu verlieren. Querdenker oder Kritiker sind deshalb in deutschen Aufsichtsräten unerwünscht. Hauptproblem bei vielen Aufsichtsräten ist, daß es diesen an Branchenkompetenz mangelt. Wie soll ein Bankmanager strategische Entscheidungen einer Automobilfirma bewerten können, wenn er nicht die leiseste Ahnung über die Führung eines Produktionsunternehmens hat?

Um den Machtmißbrauch von Managern einzudämmen, ist eine Lex APS erforderlich, die die Zahl der Aufsichtsratsmandate pro Person auf Eins begrenzt. Die bisherige Lex Abs, benannt nach dem ehemaligen Vorstand der Deutschen Bank, die die Zahl der Aufsichtsratsmandate auf 10 begrenzte, ist heute nicht mehr zeitgemäß. Des weiteren sollte niemand, der Vorstand ist in einem anderen Unternehmen Aufsichtsrat sein, d.h. es muß eine Entkopplung von Exekutive (Management) und Legislative (Kontrolle des Managements) stattfinden. Als dritter Punkt sollte das Stimmrecht bei Aktiengesellschaften abgeschafft werden, um Kapitalverschachtelungen zu vermeiden.

Diese Maßnahmen sind notwendig, damit Großbanken oder Fondsgesellschaften anderen Unternehmen nicht ihren Willen aufzwingen können. Demokratien können sich dauerhaft keinen Monopolkapitalismus leisten, sondern benötigen Organisationen, die sich selbst reflektieren und verantwortungsbewußt mit der Macht umgehen. Es geht darum, eine konsequent verwirklichte Trennung zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften auf Grundlage von personalem und institutionellem Eigentum vorzunehmen. Nicht Eigentum, als Quelle der Macht ist deshalb zu bekämpfen, wie dies Marx fälschlicherweise forderte, sondern die Konzentration von Eigentum in den Händen weniger.

### **Fazit**

Untersuchungen einer Düsseldorfer Unternehmensberatung zeigen auf, daß nur etwa 40 % aller Fusionen den Unternehmenswert steigern, dagegen tritt in nahezu 60 % der Fälle eine Wertevernichtung auf. Den wenigsten Unternehmen gelingt es, die Fusionsziele zu verwirklichen. Dagegen schafft die Fusionswelle zahlreiche Monopolstellungen von Firmen. Monopolisten haben jedoch nur ein Interesse daran, Kosten zu senken und die Gewinne zu optimieren, anstatt in Innovationen zu investieren. Manager dieser Firmen sind somit keine Gestalter des Wandels mehr, sondern Verhinderer des Neuen. Dabei sind Top-Manager sogar bereit, Merger durchzuführen, die mit der Aufgabe der eigenen Stelle verknüpft sind, wenn nur die schnelle Mark durch Optionen gemacht werden kann. Das Fehlen von Basisinnovationen und die daraus resultierende hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland hat tieferliegende Gründe als mangelnde Risikobereitschaft, Fortschrittsangst, ausuferndes Beharrungsvermögen, Sicherung von Dividenden, Maximierung

von Einkommen sowie fehlendem Venture Capital.

Die Hauptgründe für die Selbstbedienungsmentalität und das Abzockertum in den Parteiapparaten sowie den Chefetagen sind auf das Fehlen moralischer Prinzipien, von Vorbildern und den zunehmenden Werteverlust zurückzuführen. Anders als die amerikanischen Manager müssen deutsche Manager bei Mißmanagement kaum um ihren Arbeitsplatz bangen. Im Gegenteil, wenn diese schlecht sind und Fehlleistungen begehen, erschleichen sie sich hohe Abfindungen und haben darüber hinaus schon über ein "Old-Boys"-Netzwerk den nächsten hochdotierten Job in der Tasche. Es ist die Überabsicherung unserer Manager und Politiker mit Abfindungen und hohen Pensionen, die zu einer Beamtenmentalität verleitet, mit der das Erfinden der Zukunft, die Erneuerung durch Kreativität und die soziale Verantwortung zur Nebensache degradiert. Wenn in chaotischen Zeiten die Bewertungsmaßstäbe für integrires Verhalten ad absurdum geführt werden und diese Menschen dann noch als Manager des Jahres oder Vorbilder gefeiert werden, dann ist es spätestens Zeit, Gegenmächte aufzubauen, die gewaltfrei, jedoch mit hoher Wirksamkeit diesem Treiben Einhalt gebieten.

Den exorbitanten Gehaltssteigerungen bundesdeutscher Manager muß ein Riegel vorgeschoben werden. So wäre es vorstellbar, daß Gehalt eines Managers auf das 12-fache Gehalt eines durchschnittlichen Angestellten zu begrenzen. Auch müssen die viel zu hohen Aufsichtsratsstaniemen und die Zahl der möglichen Aufsichtsratsmandate drastisch reduziert werden. Politikern sollte es darüber hinaus verboten sein, irgendwelche Aufsichtsratsmandate in der Industrie wahrzunehmen, da sonst keine ausreichende Gewaltenteilung gewährleistet ist und Klüngelwirtschaft und Insider-Geschäften Tür und Tor geöffnet wird. Immer mehr Menschen haben für die in Deutschland vorherrschende Selbstbedienungsmentalität kein Verständnis mehr. Es macht sich Unbehagen und Zorn im Land breit, der sich durchaus in Bälde in gewaltfreien Protestmärschen, bundesweiten Streiks, Netz-Boykotts und Internet-Guerillas artikulieren kann.

forum 

 [artikel versenden](#)

[Kommentieren](#)

[↑ top](#)

Copyright © 1996-2001. All Rights Reserved. Alle Rechte vorbehalten

Verlag Heinz Heise, Hannover

last modified: 18.07.2001

[Privacy Policy / Datenschutzhinweis](#)

 heise online

redaktion